



Claus Leggewie

## PolitikerInnen in Gießen\*

### Einleitung

Unter den Gießenern, die Geschichte schrieben, sind erstaunlich viele über Gießen hinaus bekannt gewordene politische Menschen – Berufspolitiker, die von der und für die Politik leben, ebenso wie Protagonisten der Bürger- und Zivilgesellschaft, die in der Regel ehrenamtliche Amateure sind, bisweilen aber auch für das Politische leben. „Gießener Politiker“ beiderlei Geschlechts definiere ich ausdrücklich weit – das sind Leute, die in Gießen geboren und aufgewachsen, womöglich aber andernorts Karriere gemacht haben, und Leute, die aus anderen Regionen stammend in Gießen gewirkt haben. Weit auch noch insofern, als ich Gießen als das heutige Oberzentrum für die umliegende Region betrachte, also einschließlich zum Beispiel Wetterau und Vogelsberg.

Ich möchte folgendermaßen vorgehen: Erst wende ich einen alten Wahlspruch der US-amerikanischen Politik auf Gießen an – *all politics is local*. Alle Politik ist im Grunde lokaler Natur? Damit wollte ein demokratischer Kongressführer, es war der berühmte Tip O’Neill, als Abgeordneter im Bundesstaat Massachusetts zum Ausdruck bringen, dass Politiker zuallererst ihrer „constituency“, ihrer lokalen Wählerbasis verpflichtet sind und in diesem Licht auch nationale und globale Angelegenheiten beurteilen und abstimmen. Das verführt zum Provinzialisismus und zum Sankt-Florians-Prinzip, andererseits verschafft es der Politik die notwendige Bodenhaftung. Die Gemeinde ist der Ort, an dem wir Politik am ehesten erleben und persönlich identifizieren können, nicht nur im Fernsehen oder online.

In diesem Sinne möchte ich anhand einiger Beispiele ergründen, ob es auch eine Art genius lo-

ci der Gießener Politik gibt, etwas, das diese Stadt in besonderem Maße auszeichnet. Und ich möchte das nicht nur rückblickend, in historischer Sicht tun. Die kleine Vorführung ausgewählter Gießener Politik-Prominenz soll idealerweise auch Gedanken freisetzen über unsere Möglichkeiten, in unserer Stadt politisch tätig zu werden, einzugreifen, eine bessere Zukunft für unsere Kinder und Enkel zu schaffen.

### 1. Alle Politik ist lokal

In den letzten Jahrzehnten ist das Gros der politischen Ämter (nicht nur) in Gießen männlich besetzt gewesen. Erst seit Kurzem hat die Stadt mit Dietlind Grabe-Bolz die erste Oberbürgermeisterin. Als eine Vorläuferin – Politik achtet sehr auf solche Traditionen und Genealogien – kann man ihr Henriette Fürth zur Seite stellen, eine sozialdemokratische Kommunalpolitikerin von Rang. 1861 in einer bürgerlichen jüdischen Familie in Gießen geboren, wurde sie eine herausragende Frauenrechtlerin und Sozialpolitikerin der SPD der 1890er Jahre, auch gehörte sie zu den Gründerfiguren der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Da sie in dieser Vortragsreihe unter den „Kämpferinnen“ bereits gewürdigt worden ist, belasse ich es bei der Erwähnung und füge nur hinzu, dass – ganz typisch für lokale Größen – in Gießen eine Straße und eine Parteizentrale nach ihr benannt worden ist. Nur ein kurzer Hinweis auf die Visualisierung von Politik. Wo heute uniforme Passfotos dominieren, gab es gestern und vorgestern eine nicht minder stereotype Ahnengalerie nach aristokratischem Muster, denn es ist nicht ohne Belang für das „Ansehen“ von Politik, wie jemand aussieht oder in Szene gesetzt wird. Dabei erlebt Politik eine besondere Ambivalenz: Politiker werden viel gesehen, sind aber nicht unbedingt angesehen. Die hohe Visibilität geht

\* Vortrag, gehalten am 19. November 2012 im Konzertsaal des Gießener Rathauses.

mit einem Reputationsverlust besonders seit den 1980er Jahren einher.

Politik findet üblicherweise in Parlamenten und Ministerien statt, aber eben auch im Wohnzimmer, an Arbeitsplätzen und auf der Straße. Fünf Personen möchte ich hier als Verfechter der außerparlamentarischen Politik erwähnen, die in einem modernen, bürgergesellschaftlichen Verständnis zum Politischen elementar hinzugehört.

Gießen hat starke rebellische Figuren und Personen hervorgebracht und erlebt, deren berühmteste Georg Büchner und Horst-Eberhard Richter sein dürften. Ersterer hat in (dem ihm überaus verhassten) Gießen nur wenige Monate seines kurzen Lebens verbracht, hier aber mit Friedrich Ludwig Weidig den Hessischen Landboten verfasst. Letzterer hat hier die entscheidenden Jahre seines Lebens als Psychoanalytiker und engagierter Sozial- und Friedenskämpfer verlebt und ist, nach einigem Hin und Her, zum Ehrenbürger der Stadt ernannt worden. Mit Gießen in Berührung gekommen war auch die Deutsch-Amerikanerin Mildred Harnack-Fish, die als Widerstandskämpferin gegen den Nationalsozialismus aktiv war. Auf die beiden anderen, weniger bekannten Personen komme ich noch ausführlicher zu sprechen.

Zunächst aber zu der These dieses Vortrags zum lokalen Kolorit der Politik in Gießen: Politik(er) in Gießen haben parteiübergreifend (und nicht in einem engen parteilichen Sinne) eine sozialdemokratische Grundorientierung, es gab starke rebellische Leitfiguren und Episoden, aber auch eine Neigung zur Klientelpolitik, heute ist die Bürgergesellschaft relativ schwach entwickelt. Darüber wird sicher zu reden sein.

Vorab noch einige Präliminarien. Wenn ich von Politik als Beruf spreche, denke ich mit Max Weber an eine typisch moderne Form von Politik, die sich von anderen sozialen Systemen wie der Wirtschaft oder der Religion unterscheidet als jene Sphäre, in der kollektiv verbindliche Entscheidungen gefällt und durchgesetzt werden. Politiker sind dabei nicht nur Entscheider, sondern auch Volksvertreter, Repräsentanten und Redner. Der in dieser Region sehr beliebte Landrat Willi Marx hat bei seiner Verabschiedung seinen Fahrer angesprochen und erwähnt, er sei

mit ihm rund 400.000 Kilometer über Land gefahren, dienstlich nehmen wir an und das heißt: zu Redeauftritten und Besprechungen. Politik ist öffentliche Rede und Sitzung, in Parlamenten wie in Hinterzimmern. Handy und Mail sind wesentliche Transportmittel, auch die lokale Zeitung und gelegentlich der Auftritt im Fernsehen.

Als Weber 1919 seinen berühmten Vortrag „Politik als Beruf“ hielt, gar nicht so lange vor der Erfindung des Fernsehens (in den USA), fand gerade der Übergang von der Honorarrentenpolitik des Kaiserreichs zur Berufspolitik der Weimarer und später Bundesrepublik statt, die bestimmten sozialen Milieus und Weltanschauungen verbunden bleibt, bei den politischen Eliten aber einen verbindenden professionellen Zug aufweist, die – ganz wichtig – demokratisch durch Wahlen und Abstimmungen legitimiert sein müssen und in der Regel über Parteien wirken. Das war bei der kommunalen Politik zuletzt der Fall, aber jetzt sind auch die Rathäuser fest in der Hand der großen Volksparteien.

Politik ist stets eingebettet in historisch-strukturelle Voraussetzungen, in Milieus und Strukturen. Gießen ist ab 1250 Stadt, ab 1370 hat diese einen Bürgermeister und Rat, sie ist lange Jahrzehnte Residenzstadt mit Universität (gegr. 1607), sie wird Garnisonsstadt ab 1867 und erlebt eine bürgerliche Modernisierung am Ende des 19. Jahrhunderts, die ein selbstbewusstes Bürgertum und eine nicht minder selbstbewusste Arbeiterbewegung hervorbringt. Die Stadt erlebt einen gewissen Niedergang in der Weimarer Republik, deren Nutznießer eine überdurchschnittlich starke NSDAP ist, die wiederum auf eine aktive NS-Studentenschaft zurückgreifen konnte. Die Katastrophe kommt mit der Totalbombardierung 1944, es folgt eine halbherzige Entnazifizierung und die Besetzung durch US-Truppen, die in dieser Region besonders zahlreich sind und lange bleiben. Der Wiederaufbau ist im Wesentlichen unter sozialdemokratischer Ägide erfolgt, Gießen erholt sich als Universitätsstadt und Oberzentrum der ländlich geprägten Region. Das gescheiterte Lahnstadt-Projekt soll nicht unerwähnt bleiben – eine große Fehlkalkulation der hiesigen Politik.

Die Liste der Landräte und Oberbürgermeister zeigt, dass in den fast siebenzig Jahren nach dem Krieg die Sozialdemokraten mehr als 35 bzw. 45 Jahre die Oberhand behalten haben, es nur den Freien Wählern einmal gelungen ist, das Kondominium zu unterbrechen und den Christdemokraten im Wesentlichen in den Umbruchphasen der 1970er Jahre und zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Wir kommen auf die Gründe zurück.

Ich komme zum zweiten Teil mit einigen markanten Beispielen von Persönlichkeiten, die ihnen zum Teil noch vertraut sein dürften, zum Teil aber auch ganz unbekannt sein könnten.

## **2. Gießener Politik-Panoptikum: Politische Generationen 1610–2010 in Gießen (und um Gießen herum)**

Beginnen möchte ich mit einer Randfigur: Johann Balthasar Schupp (1610 Gießen–1661 Hamburg), der lange vor der modernen Politik in der Residenzstadt geboren ist und uns zeigen soll, wie die kritische Rede des aufziehenden Bürgertums, nicht zufällig verkörpert durch einen Theologen und Prediger, moderne Politik durch Öffentlichkeit geprägt hat. Unter den schönen Alias-Namen Schuppius und Ambrosius Mellilambius wirkte er als Hofprediger in Braubach, hielt 1648 zum Abschluss des 30-jährigen Krieges (einer Art deutsch-europäischen Urkatastrophe) in Münster Friedenspredigten, wirkte weiter als scharfzüngiger Prediger, Satiriker, Lyriker und Religionskritiker in Hamburg, was ihm ein Publikationsverbot einbrachte.

Es war im Wesentlichen die Kraft der öffentlichen Rede und der Schriftstellerei, zum Teil auch das Wirken von Professoren und Intellektuellen, die arkane Macht-Verhältnisse zum Tanzen brachte, und hier haben sich Gießener in besonderem Maße rebellisch hervorgetan. Wir springen dazu in die Epoche des Vormärz, als das Heilige Römische Reich deutscher Nation niedergeht, mit ihm die Könige und Fürsten in Frage gestellt werden, soziales Elend und Ungleichheit zum Skandal werden, man den Palästen den Krieg erklärt – vor dem März, weil man damit umstürzlerische Aktivitäten zwischen der Französischen Revolution von 1789 und der

Märzrevolution 1848 bezeichnet. Gießen und Umgebung erleben hier radikal-demokratische und vor allem demokratisierende *homines politici*, die mit der Frage ringen, meist auch ganz existenziell, ob man die Verhältnisse illegitimer Herrschaft und sozialer Unterdrückung auf revolutionärem, gewaltsamem Wege auflöst oder friedlich, mit reformerischen Mitteln. Hier die radikale Version: „*Wir müssen die Volksfreiheit erlangen durch jedes Mittel, welches nur immer sich uns bietet. Aufruhr, Tyrannenmord und alles, was man im gewöhnlichen Leben als Verbrechen bezeichnet und mit Recht straft, muss man einfach nur zu den Mitteln zählen, ... zu den Waffen, welche gegen die Tyrannen allein uns übrig bleiben.*“ (Karl Follen)

Mit den Gebrüdern Karl, Adolph Ludwig und Paul Follen, den streitbaren Söhnen des Gießener Hofgerichtsadvokats Christoph Follenius, hat der Vormärz drei markante Vorkämpfer der Eroberung der Demokratie von unten in Gießen hervorgebracht, deren Leben und Wirken man im Kollektiv grob so beschreiben kann: gutbürgerliche Herkunft, christliche Erziehung, Studium der Jurisprudenz bzw. Theologie, Konflikt mit den universitären und politischen Autoritäten (Relegation, der Verweis von der Universität, war das mindeste), Leiden an den deutschen Verhältnissen und Organisation von Gegenmacht (z.B. in den Urburschenschaften, wo die Gießener Schwarzen gewissermaßen den autonomen Block bilden), Turnbewegung und „*Teutsche Lesegesellschaft zur Erreichung vaterländisch-sittlicher Zwecke*“, Zweifrontenkrieg gegen die französische Hegemonie und die deutschen Duodezfürsten, stets nach dem Motto „Nieder mit Thronen, Kronen, Frohnen, Drohnen und Baronen“, Landesverratsanklagen und Verfassungsentwürfe, Emigration in die Schweiz bzw. USA, wo der eine, Karl Theodor, Harvard-Professor und Kirchengründer wird, reich heiratet, aber bei einem Schiffunglück ertrinkt, und der andere, Adolf Ludwig, sich verarmt der Seidenraupenzucht verschreibt und unbekannt verstirbt. Der Jüngste, Paul, nicht zu vergessen, gründet 1830 die Deutsche Auswanderungsgesellschaft für diejenigen, die den deutschen Verhältnissen entrinnen wollen wie er selbst später.

Eine pralle Geschichte, auf die man in Gießen stolz sein könnte und welche die historische Bifurkation des 19. Jahrhunderts: Reform oder/versus Revolution in fast allen Nuancen durchnimmt und auslebt, in den einzelnen Lebensgeschichten sehr gebrochen und widersprüchlich, der rückblickenden Bewertung ohne jede Teleologie und Determinismus.

Zum Kapitel „Reform“ könnte man hier auch den alles überragenden Gießener Justus Liebig als Quasi-Politiker einführen, hat er doch gegen das Aufstandsprogramm der Schwarzen und die Kriegserklärung von Weidig und Büchner die aus seiner Sicht probateste Alternative bereitet: die Melioration der Lebensverhältnisse armer Bauern und Volksschichten durch technisch-wissenschaftlichen Fortschritt und Steigerung der Agrarproduktivität.

Gerechtigkeit war damit im 19. Jahrhundert noch lange nicht eingezogen, und das Dauer-Skandalon dieser sozialen Frage war auch das Movers der deutschen und europäischen Arbeiterbewegung, für die wiederum ein Gießener steht: Wilhelm Liebknecht (29. März 1826 Gießen–7. August 1900 Charlottenburg), der von allen Politikern sicher den welthistorisch größten Rang beanspruchen darf. Liebknecht stammt aus einem bürgerlichen Elternhaus, besucht das Gymnasium und wird, als Großneffe Weidigs, ein Freidenker, der das Studium der Philologie und Theologie absolviert, der Burschenschaft Alemannia beitrifft, eine Zimmermann- und Büchsenmacherlehre anschließt und bei der seinerzeit berüchtigten „Studentenmeute in Gießen“ (auf der Burg Staufenberg) dabei ist. 1847/48 wird er Lehrer an einer Schule des Erziehungsreformers Fröbel, er nimmt als 1848er an der Revolution in Paris und in Baden, der Speerspitze der deutschen Revolution, teil. Das bringt ihm Verhaftung und Exil in die Schweiz ein, wo er wiederum ausgewiesen wird. Liebknecht zieht weiter nach England, wo er dem von Karl Marx und anderen geführten „Bund der Kommunisten“ angehört. 1862 kehrt er in das auf dem Wege seiner Vereinigung unter preußischer Führung befindliche Deutschland zurück, wirkt in den Arbeiterbildungsvereinen mit, aus denen sich der ADAV herausbildet. Liebknecht wird Redakteur des

Parteiblattes *Der Social-Democrat*, wo er eine Auseinandersetzung mit Ferdinand Lassalle hat und August Bebel begegnet. Beide betreiben die Gründung der SDAP in Eisenach, die Mitglied der Ersten Internationale wird; die anti-preußische und Anti-Kriegs-Position Liebknechts bringt ihm nach dem Leipziger Hochverratsprozess zwei Jahre Haft ein. Liebknecht wird Abgeordneter im Reichstag, nach dem Gothaer Vereinigungs-Parteitag wird die Sozialdemokratie die zahlenmäßig größte politische Macht im Kaiserreich.

Das Gothaer Programm ist ein revolutionäres, doch die Praxis der SPD ist keine umstürzlerische, vielmehr setzt die Parteiführung auf allmähliche Eroberung parlamentarischer Mehrheiten und der staatlichen Herrschaft. Das Sozialistengesetz und der „Belagerungszustand“ bringen Liebknecht zunächst aber wieder hinter Gitter, er reist durch Europa unter anderem mit dem Ziel der Gründung der Sozialistischen Internationale in Paris und wird Chefredakteur des *Vorwärts*, wo er sich gegen Eduard Bernstein und den Reformismus wendet. Eine letzte Haftstrafe ereilt ihn 1896 wegen „Majestätsbeleidigung“. Zu seinem Tod im Jahr 1900 soll der Trauerzug die größte politische Massenversammlung bis dato gewesen sein. Wilhelm Liebknechts Sohn Karl wird als Mit-Begründer der Spartakisten und der KPD in die Geschichte eingehen, die das Grunddilemma Reform oder Revolution als Binnenwiderspruch der Sozialdemokratie durch eine radikale Linksabspaltung aufzulösen versucht. Liebknecht war, wenn man sein Wirken zusammenfassen sollte, ein „Soldat der Revolution“, der intellektuell und organisatorisch durch andere Figuren der Linken überragt wurde, für die Entwicklung der Arbeiterbewegung jedoch eine kaum zu überschätzende Rolle gespielt hat.

Diese entwickelte sich auch in dem bis dahin sehr stark agrarisch geprägten Mittelhessen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, worauf hier aus Zeitgründen nicht näher eingegangen werden soll.

Einen anderen, bürgerlich-pazifistischen Typus von Sozialdemokraten verkörperte Reinhard Strecker (1876 Berlin–1951 Gießen): Er stammt aus einer Majorsfamilie, studierte Philosophie

und wurde SPD-Mitglied im Ersten Weltkrieg, dem zentralen Katastrophenerlebnis seiner Generation. Zwischen 1919 und 1921 wirkte er als hessischer Kultusminister, trat der pazifistisch orientierten Deutschen Friedensgesellschaft und dem Guttemplerorden bei, war im Widerstand gegen den Nationalsozialismus aktiv und wurde nach 1945 Stadtschulrat in Gießen, wo er auch eine Philosophie-Dozentur innehatte. Die SPD schloss ihn aus wegen seiner Mitarbeit im neutralistischen „Nauheimer Kreis“. Bei Streckler stehen zwei Motive im Vordergrund, die viele politische Figuren in Gießen ausgezeichnet haben: das Engagement für den Weltfrieden und eine pädagogische Orientierung, die durchaus in der Tradition von Liebknechts Motto „Wissen ist Macht“ anzusiedeln ist.

Nicht auslassen kann man in der Gießener Politiker-Geschichte jene Figuren, die sich als Politiker der Vernichtung betätigt haben. Beispielhaft sei hier der Kommunalpolitiker Heinrich Ritter (18. Februar 1891 Gau-Odernheim–15. März 1966 Rüsselsheim) hervorgehoben, der im April 1934 Oberbürgermeister von Gießen wird und ab 1935 als stellvertretender Kreisleiter der NSDAP fungiert; im März 1936 wird er für den Wahlkreis 33 (Hessen) Mitglied des braunen Reichstages. Ritter wirkt mit an der Zerschlagung der Arbeiterbewegung in Hessen, an der damaligen Stadtentwicklung, die unter anderem den Anschluss an die Reichsautobahn brachte; beteiligt war er auch an der Arierisierung jüdischen Eigentums nach 1933 bzw. 1938 und an der Deportation von über 1.000 Gießener Juden aus dem Zwischenlager Goetheschule in die Vernichtungslager. Verantwortlich gemacht wurde er dafür nicht: nach dem Krieg tauchte er als einer der vielen Namenswechsler unter dem Pseudonym „Heinz Möller“ unter, später profitierte er von der Amnestie der frühen Bundesrepublik Deutschland. Als Fußnote mag man hier anfügen, dass ein gewisser Johannes Nowara unter dem falschen Namen „Neumann“ im April 1947 Bürgermeister von Gießen und vom 1. bis 22. Juli 1948 Landrat werden konnte. Der NS-Funktionär im Sudetenland legte sich nach 1945 eine neue Identität als regimeverfolgtter „Johannes Neumann“ zu, doch flog der Schwindel auf. Wegen Urkundenfälschung, Fäl-

schung des Entnazifizierungsbogens, Urkundenvernichtung im Amt, Diebstahl und Gefängnismeuterei (nach einem Ausbruch) wurde er zu 2 Jahren und 3 Monaten Haft verurteilt.

Der Nationalsozialismus in Gießen war kein kurzes Intermezzo. Seine Stärke bezog er aus einer schon früh antisemitisch und revisionistisch gestimmten Studentenschaft, deren Ressentiment mit den Folgen der Weltwirtschaftskrise wuchs und rabiat wurde, und aus einer mittelständischen Wählerschaft, die Ende der 1920er Jahre im Verhältnis zum Durchschnitt der Weimarer Republik überproportional NSDAP wählte. Auch gab es 1945, wie die Beispiele Ritter und Nowara zeigen, keine „Stunde Null“. Ein typischer Vertreter des kommunalen Neuaufbaus war Berthold Martin (1913 Eisemroth/Dillkreis–1973 Gießen). Er hatte 1933 das Studium der evangelischen Theologie aufgenommen und wurde Mitglied der oppositionellen Bekennenden Kirche; da er keine Pfarrstelle bekam, studierte er Medizin und absolvierte seine klinische Ausbildung in Gießen. Nach dem Krieg wirkte er dort als Psychiater und Oberarzt an der Landesheilanstalt. Bekannt wurde er als Dezernent für das Jugend- und Gesundheitsamt der Stadt Gießen, der sich mit dem Wohnheim Berthold-Martin-Haus des Vereins für Jugendfürsorge und Jugendpflege e.V. ein Denkmal setzte. Martin war Gründungsmitglied der CDU in Gießen, wurde Mitglied des Stadtparlamentes und Fraktionsvorsitzender sowie ab 1948 ehrenamtliches Mitglied des Magistrates als Dezernent in verschiedenen Ämtern, zuletzt im Gesundheitsamt. 1954 bis 1957 war er Landtagsabgeordneter der CDU, 1957–1973 MdB im Wahlkreis Obertaunuskreis. Dort war er zwischen 1961 bis 1965 als Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Kulturpolitik und Publizistik tätig und 1965 bis 1972 im Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion als Vorsitzender des Fraktionsarbeitskreises für Wissenschaft und Publizistik tätig. 1971–1973 leitete er die Enquete-Kommissionen „Auswärtige Kulturpolitik“; Martin gilt als einer der Väter des Filmförderungsgesetzes 1967.

Der CDU-Mann machte eine für viele mittelhessische PolitikerInnen typische Karriere von der kommunalen auf die Landesebene. Das heraus-

ragende Beispiel ist hier der mittelhessische Sozialdemokrat Albert Osswald (16. Mai 1919 Gießen-Wieseck–15. August 1996 Schwan-gau), der das politische Geschäft von der Pleke auf lernte, als Oberbürgermeister der Stadt Gießen und als klassischer Landesvater in Erinnerung geblieben ist. Osswald war Sohn eines „roten“ Maurers aus Wieseck, machte als junger Mann eine kaufmännische Lehre und war zwischen 1939 bis 1945 Soldat. 1945 trat er in die SPD ein, saß im Rat der Stadt Gießen von 1949 bis 1954, war ab 1954 drei Jahre Kämmerer und von 1957 bis 1963 ein ausgesprochen beliebter Oberbürgermeister. Seine Amtszeit ist geprägt durch den Wiederaufbau Gießens (Gießener Ring, Kongresshalle), durch den (gescheiterten) Versuch, Gießen und Wetzlar zur „Lahnstadt“ zu verbinden und nicht zuletzt durch die Wiedereröffnung der Universität. Zu erwähnen ist auf der Haben-Seite die Partnerschaft mit der israelischen Stadt Netanya, deren Bürger Abraham Bar-Menachem (1912 als Alfred Gutmuth in Wieseck geboren) später zum Ehrenbürger Gießens ernannt wurde (vgl. seine Lebensgeschichte in „Bitterer Vergangenheit zum Trotz“ von 1992).

Die glänzende Karriere des populären Osswald ging zunächst auf der Landesebene unbeirrt weiter: seit 1963 war er Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr, später für Finanzen (unter dem Kosenamen „Dukaten-Ossi“). 1969 war Osswald als Ministerpräsident einer SPD-Alleinregierung auf dem Höhepunkt seiner Macht, musste aber 1970 eine sozialliberale Koalition mit der FDP eingehen und sah sich einer zähen Opposition der SPD-Linken wie der von Alfred Dregger geführten Union gegenüber. Zu Fall brachte ihn die persönliche Verstrickung in den so genannten „Helaba-Skandal“; 1976 schaffte er noch einen knappen Wahlsieg, musste aber 1976 zurücktreten („Ich scheidet als ehrenwerter Mann“). Mit dem Namen Osswald, der sich verbittert zurückzog, verbindet sich ein typisches Profil der von Planungsdenken, Keynesianismus und Bildungsreform geprägten Sozialdemokratie der 1970er Jahre, die auf Verwaltungsrationalität setzte (wie mit der Gebietsreform und – „Hessen vorn“ – dem Großen Hessenplan), ferner auf Computerisierung, Bil-

dungsreformen und erste Anfänge der Umweltforschung. Die zugleich aber auch von einer gewissen Machtarroganz und Hybris geprägt war, wobei Osswald weniger der Technokrat war als der allseits beliebte „Oswaldo Osswaldini“, wie er sich im damals viel gesehenen, von Hessenkolorit bestimmten „Blauen Bock“ präsentierte, genau wie im stets jovialen Gespräch mit seinen Landeskinder auf Straßen und Plätzen. Wir reden hier über den Abschnitt der westdeutschen Politik, als diese ihr höchstes Ansehen genoss und dem Interventions- und Umverteilungsstaat noch viel zugetraut wurde.

Die Ära Osswald wirkt heute schon wie aus einer anderen Zeit. Dennoch kann man Ende 2012 eines mit großer Sicherheit sagen: auch der nächste Ministerpräsident wird aus Gießen stammen, spitzt sich die politische Auseinandersetzung doch zu auf das Duell zwischen dem Gießener Rechtsanwalt Volker Bouffier, der als stellvertretender CDU-Vorsitzender die konservative Tradition der Hessen-Union von Alfred Dregger über Manfred Kanther bis Roland Koch hochhalten soll, und dem Gießener Sozialpolitiker Thorsten Schäfer-Gümbel, der das Amt als Landesvorsitzender der arg gerupften Hessen-SPD in einer tiefen Krise eher als Not- und Übergangslösung übernommen, die Landespartei seither aber in eine demoskopische Pole-Position hineingebracht hat.

Mag Gießen auch den Ministerpräsidenten des Landes Hessen stellen, so (noch) nicht den Bundeskanzler, das Amt, für das der Übergangsgießener Frank-Walter Steinmeier 2009 als damaliger Außenminister der Großen Koalition gegen Angela Merkel angetreten war und verloren hatte. Seine Berührung mit Gießen datiert auf seine Zeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Jura-Fachbereich der Justus-Liebig-Universität um 1990 herum. Seine überaus positive Würdigung der Stadt an der Lahn sei hier von seiner Webseite zitiert: „Nach dem Studium absolvierte ich mein Referendariat in Frankfurt, ging aber für Assistenzzeit und Promotion zurück an die Justus-Liebig-Universität in Gießen, der ich als Student, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Assistent und Doktorand bis 1991 verbunden blieb. Es war eine Zeit der persönlichen und politischen Freiräume. Viele meiner Überzeu-

gungen bildeten sich während meines Studiums; intensives Lesen und Diskutieren schärfte meinen Blick auf Politik und Gesellschaft. Ohne die Möglichkeiten und die Begegnungen in Gießen wäre ich nicht der, der ich heute bin.“

Der persönliche Fall von Albert Osswald und das Ende der SPD-Hegemonie im „roten Hessen“ fiel schon in die Phase des Rückzugs des starken Staates und des Aufstiegs der neuen sozialen Bewegungen, die aus der außerparlamentarischen Opposition um 1968 hervorgegangen waren. Eine gewisse Studentenrevolte hat auch in der Universitätsstadt Gießen stattgefunden, wie vor allem der Zeitzeuge Heinrich Brinkmann uns übermittelt hat. Ein Ausfluss von 1968 war die Arbeit mit Randgruppen, exemplarisch in dem studentischen Inklusionsprojekt im sozialen Brennpunkt des Eulenkopfes/Margaretenhütte unter Supervision und Anleitung des Gießener Psychosomatikers Horst-Eberhard Richter, der auch friedenspolitisch von Gießen aus aktiv war. Eine Fernwirkung war die Landkommunen-Bewegung, die in den späten 1970er Jahren vom Frankfurter Sponti-Milieu aus in die Vogelsbergregion ausgriff. Ein literarisches Denkmal gesetzt hat diesem para-politischen Milieu Helmut Höge, der unter dem Kollektivnamen Agentur Standardtext den Endlosroman Vogelsberg vorlegte (Berlin 1984) und als Mitgründer (und heutiger „Aushilfschauspieler“) der tageszeitung auftrat. Der entscheidende Paradigmenwandel, den solche außerparlamentarischen Initiativen (bei aller Verschiedenheit) brachten, war die Selbstorganisation und Eigenständigkeit der Bürgergesellschaft gegenüber der staatlichen und parteipolitischen Politiker-Politik.

### 3. Fazit und Ausblick

Wie würden wir, die Bürgerinnen und Bürger, uns also heute „Politik als Beruf“ ausmalen? Die Vorstellungen Webers sind einigermäßen anachronistisch, aber doch im besten Sinne unzeitgemäß. Der Beruf der Politik ist verschüttet un-

ter einer Woge wohlfeiler, populistischer „Politikverdrossenheit“, einem im Grunde anti-politischen Reflex, der Politiker für alles schilt, was auch immer sie angeblich verkehrt machen, ohne selbst im Mindesten eine Alternative zu bieten. Sie ist zweitens verschüttet unter den Sachzwanglogik vermeintlicher Alternativlosigkeit, der Hektik eines durchdrehenden Medienbetriebs mit seinen 30-Sekunden-Statements für die Eurokrise, die Klimafrage – was auch immer, und der Neigung von Politikern, sich damit gemein zu machen. „Politische Kompetenz“, schreibt meine Kollegin Christine Landfried im Anklang an Max Weber, „als die Verbindung von Reformwillen, Folgenbewusstsein und Skeptizismus hat Seltenheitswert“.

Natürlich kann man mit Fingern auf Politiker zeigen, aber mindestens zwei Finger zeigen dann auf uns zurück, die wir für den besseren Zustand noch weniger tun und ständig Sachzwang, Weltanschauung und Faulheit vorschieben – genau das, was wir der „politischen Klasse“ ja vorwerfen. „Nicht die Schauspielerei, sondern die Kunst des Zweifels, nicht Hektik, sondern Gelassenheit und Folgenbewusstsein, nicht Sachzwang und Reformwillen sind für Politik als Beruf heute entscheidend,“ resümiert Landfried ihr Anforderungsprofil an Professionelle. In diesem Sinne können auch wir jetzt resümiieren:

1. „Wir in Gießen“ können auf eine stolze, ehrenhafte, bisweilen freilich auch mediokre Politik-Tradition zurückschauen.
2. Der Beruf zur Politik verdient unseren Respekt und unsere Unterstützung. Und damit
3. können wir die Diskussion eröffnen, wie Gießen für uns und unsere Kinder (2052) ein besserer Platz werden soll.

#### *Kontakt:*

Prof. Dr. Claus Leggewie  
Kulturwissenschaftliches Institut Essen  
Goethestraße 31  
D-45128 Essen



Abb. 1: Die Historischen Frauen bei ihrem ersten Auftritt zum Stadtjubiläum 750/800 Jahre Gießen 1997 (Gießener Allgemeine Zeitung, 2. 7. 1997, Fotograf Stephan Rehor)